

Postulatvon Roger Liebi (SVP)
und Mauro Tuena (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, mit welchen Massnahmen mit Wirkung für das Budget 2006 die Gesamtausgaben und der Ausgabenüberschuss im Sozialdepartement (inkl. Asylorganisation) um jeweils mindestens CHF 20 Mio., basierend auf den Zahlen der Rechnung 2004, gesenkt werden können.

Begründung:

Die Ausgaben im Sozialdepartement steigen, nicht nur aufgrund exogener Faktoren, sondern besonders auch aus hausgemachten Gründen wie z. Bsp. Neuorganisationen, Ausbau von Leistungen, höhere als notwendige Leistungen (SKOS, Asyl), usw. jährlich überproportional.

Der Vorsteher des Finanzdepartementes hat in seinem im März 2004 herausgegebenen Finanzplan ein düsteres Bild der Zürcher Stadtfinanzen für die nächsten Jahre gemalt und dafür nicht zuletzt auch das Wachstum der Sozialausgaben thematisiert.

Eine Kürzung um CHF 20 Mio. entspricht ca. 2 – 2.5% des Gesamtbudgets, welche selbst unter Berücksichtigung allfälliger Streichungen kantonaler Zuschüsse, mit geeigneten Massnahmen in Organisation, Raumaufwand, internen Prozessen, Trennung des Notwendigen vom Möglichen in allen Bereichen, usw. umsetzbar ist.

Damit wird die Basis geschaffen, wirklich bedürftigen Menschen zielgerichtet und langfristig helfen zu können, wogegen der Ausgabenmechanismus der internen Verwaltungsmaschinerie, für die angebotsorientierte Leistungspolitik für Randgruppen, für Asylanten aus wirtschaftlichen Motiven sowie für andere nicht zwingend notwendige Betreuungsangebote reduziert wird.

Antrag auf gemeinsame Behandlung mit Weisung 177, GR 2003/397

